

Osteuropa kompakt

Aktuelles aus Steuern und Wirtschaft

65. Ausgabe, Januar 2010

Aserbaidshan

Geänderte Regelungen zur Erteilung vorübergehenden Wohnsitzes

Nach Verabschiedung der Regelungen zur Erteilung eines vorübergehenden Wohnsitzes für Ausländer in Aserbaidshan im Juni 2009 hat das Ministerkabinett einige Änderungen dieser Regelungen mit dem Dekret Nr. 126 veranlasst.

Ein ausländischer Bürger ist nun berechtigt, vorübergehenden Wohnsitz zu erlangen, sofern er oder sie:

- mindestens 500.000 AZN [434.000 EUR] in die aserbaidshanische Wirtschaft investiert (zuvor 300.000 AZN [260.000 EUR]); oder
- mindestens 50.000 AZN [43.400 EUR] bei Banken der Aserbaidshanischen Republik deponiert (zuvor 15.000 AZN [13.000 EUR]).

Kontakt vor Ort:

Movlan Pashayev, Telefon: +994 12 497-74 05

Estland

Parlament verabschiedet Änderungen des Ertragsteuergesetzes

Das estnische Parlament hat den Gesetzesentwurf mit Änderungen des Ertragsteuergesetzes (586 SE und 553 SE) am 26. November 2009 verabschiedet. Die Änderungen traten zum 1. Januar 2010 in Kraft.

Der Einkommensteuersatz beträgt auch 2010 weiterhin 21% für natürliche Personen und 21/79¹ für Gesellschaften. Der persönliche Freibetrag für natürliche Personen beläuft sich nach wie vor auf 27.000 EEK [1.725 EUR] pro Jahr, d.h. 2.250 EEK [144 EUR] pro Monat. Ansässige Personen können, wie bereits auch ähnlich schon 2009, einen erhöhten Grundfreibetrag (27.000 EEK [1.725 EUR]) für jedes Kind unter 17 Jahren (ab dem zweiten Kind) in Anspruch nehmen.

Kontakt vor Ort:

Villi Tõntson, Telefon: +372 6141-816

Lettland

Privatnutzung eines Dienstwagens

Das Ministerkabinett hat eine Regelung zur Besteuerung der Vorteile aus der privaten Nutzung von Dienstwagen verabschiedet. Diese Regelung gilt weder für Rettungswagen, leichte Taxen, Militärfahrzeuge und Luxuswagen, wie sie im Körperschaftsteuergesetz definiert werden, noch für Gewerbetreibende, die ihre Fahrzeuge nach § 11.5 des Einkommensteuergesetzes abschreiben.

Leichte Personenkraftwagen

Die Regelung definiert ein Fahrzeug als leichten Personenkraftwagen, sofern die folgenden Kriterien erfüllt sind:

- Die Art und Weise der Konstruktion und Ausstattung lässt auf Beförderungszwecke von Personen und deren Gepäck schließen;
- Das Fahrzeug hat bis zu acht Sitze zusätzlich zum Fahrersitz; und
- Der Wagen ist als „leichtes Fahrzeug“, „leichter Personenkraftwagen“ oder „leichtes Nutzfahrzeug“ registriert.

¹ Thesaurierte Gewinne unterliegen keiner Besteuerung. Ausschüttungen werden mit einem Steuersatz von 21% belastet (21/79 der Netto-Ausschüttung).

Die Regelung gilt ebenfalls für Fahrzeuge, die im Besitz anderer Personen stehen, die aber zu Zwecken des Arbeitgebers genutzt werden (z.B. Leasingfahrzeuge).

Begünstigte

Die Regelung besagt, dass Begünstigte Arbeitnehmer, Anteilseigner, Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sowie deren Familienangehörige sein können.

Nutzungswert

Ein Vorteil gilt zu Steuerzwecken als entstanden, wenn ein Fahrzeug zu Zwecken genutzt wird, die nicht mit Pflichten aus dem Anstellungsverhältnisses oder Angelegenheiten des Arbeitgebers zusammenhängen. *Die zu privaten Zwecken zurückgelegte Strecke ist dabei nicht von Belang.*

Der Nutzungswert ist abhängig von der Motorkapazität:

Motorkapazität	Monatlicher Nutzungswert in LVL [EUR]	Monatlicher Sozialversicherungsbeitrag des Arbeitgebers (24.09%) in LVL [EUR]	Monatlicher Steuerabzug (9% + 26%) vom Nettolohn in LVL [EUR]*
bis zu 1.500 cm ³	40 [57]	9,64 [13,54]	13,06 [18,41]
1.501 - 2.500 cm ³	70 [99]	16,86 [23,77]	22,82 [32,18]
2.501 - 3.500 cm ³	100 [141]	24,09 [33,97]	32,66 [46,05]
andere oder unbekannte Kapazität	150 [212]	36,14 [50,96]	49,00 [69,09]

* Angenommen, der Nutzungswert ist ein Bruttowert.

Zusätzliche Arbeit für Arbeitgeber

Bestimmung des Nutzungswertes

Am jeweiligen Monatsende hat der Arbeitgeber zu bestimmen, welchen Vorteil die Arbeitnehmer und die weiteren Personen durch die Privatnutzung jedes Wagens erzielt haben. Die Regelung erklärt nicht, wie dieser Wert zwischen den Begünstigten aufzuteilen ist. Dies ist vom Arbeitgeber zu bestimmen.

Einkommensteuergesetz geändert

Steuersätze

Die folgenden Steuersätze gelten seit 1. Januar 2010:

- 10% auf Kapitaleinkünfte (Zinsen und Dividenden);
- 15% auf Kapitalerträge;
- 26% auf andere Einkunftsarten, einschließlich nichtselbständige Tätigkeit;
- 26% auf gewerbliche Einkünfte;
- 2% des Kaufpreises, der für die Veräußerungen von Immobilien oder anderem Kapitalvermögen an einen Nicht-Ansässigen gezahlt wird. Dies gilt nicht für die Veräußerung von Finanzinstrumenten, wenn der Käufer durch Gesetz verpflichtet ist, Quellensteuer abzuführen (beispielsweise Unternehmen oder Gewerbetreibende).

Einkünfte von Leiharbeitern

Der Vorschlag des Finanzministeriums zur Besteuerung der Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit von Leiharbeitern wurde in seiner zweiten Lesung verabschiedet. Die Regelung betrifft vermutlich viele lettische Unternehmen.

Seit 1. Januar 2010 hat ein lettisches Unternehmen auch die Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit von den Personen zu besteuern, die nicht direkt vom Unternehmen beschäftigt werden (sogenannte Leih- oder Zeitarbeiter).

Personalleihe setzt einen Verleiher voraus, der weder in Lettland ansässig ist noch über eine Betriebsstätte in Lettland verfügt, welcher Arbeitnehmer an einen Ansässigen oder eine Betriebsstätte in Lettland gegen Zahlung sendet, um dort Tätigkeiten auszuüben, die mit der Geschäftsaktivität in Lettland oder im Ausland verbunden sind, sofern mindestens eines der folgenden Kriterien erfüllt ist:

1. Der Entleiher ist verantwortlich für die gesamte Organisation und Überwachung der Arbeit oder der Arbeitsergebnisse;
2. Der Entleiher bestimmt die Zahl und Qualifikation der geliehenen Arbeitnehmer;
3. Die Mitarbeiter sind in das Unternehmen des Entleihers integriert (Integration ist hier als Existenz eines Arbeits- oder Ruheplatzes sowie die Verpflichtung, sich den internen Prozeduren des Unternehmens zu fügen, zu verstehen);
4. Das Gehalt der Leiharbeiter wird in Abhängigkeit der Arbeitsstunden, erbrachten Arbeitsleistung oder gemäß eines anderen Verhältnisses von gezahltem Entgelt an den Entleiher und den Einkünften der Leiharbeiter bemessen; und/oder
5. Der Entleiher stellt den Hauptteil der Anlagen, Werkzeuge und Materialien zur Verfügung.

Die Änderungen besagen, dass der Entleiher Steuern auf das Einkommen der Leiharbeiter zu berechnen hat, basierend auf Unterlagen des Verleihers, die jeden Leiharbeiter, seine Vergütung und weitere Details des Einkommens identifizieren (Name, Geburtsdatum, ständiger Wohnsitz, Steuernummer oder andere Details).

Wenn diese Informationen nicht verfügbar sind, gilt die Gesamtzahlung des Entleihers an den Verleiher als Einkünfte der Leiharbeiter. Bei der Bestimmung des steuerbaren Einkommens jedes Einzelnen wird dabei unterstellt, dass die Vergütung in gleichen Teilen auf die Arbeiter aufgeteilt wurde.

Kontakt vor Ort:

Zlata Elksnina-Zascirinska, Telefon: +371 67 09-44 00

Rumänien Verzögerte Zahlungen von Steuerschulden – Änderungen

Das Gesetz 363/2009 zur Genehmigung des Notgesetzes der Regierung („Government Emergency Ordinance“) Nr. 92/2009, das verzögerte Zahlungen von Steuerschulden aufgrund der Finanzkrise genehmigt, wurde veröffentlicht.

Die Änderungen lauten:

- Die ursprüngliche Anforderung, dass Steuerzahler keine offenen Finanzverbindlichkeiten bis 30. September 2008 haben dürfen, wurde gestrichen;
- Die erforderliche Garantie wird wie folgt auf einen Prozentsatz des gestundeten Betrags zuzüglich eines Zinssatzes in Abhängigkeit des Stundungszeitraums gekürzt:
- 20%, wenn die Stundung für einen Zeitraum von bis zu drei Monaten gewährt wird;
- 40%, wenn die Stundung für einen Zeitraum über drei Monate gewährt wird.
- Der Wert der Garantien für vorherige gewährte noch andauernde Stundungen wird dementsprechend angepasst.

- Die Stundung verliert ihre Gültigkeit (mit Straffolgen), wenn der Steuerzahler andere, nach der Gewährung der Stundung entstandene Steuerschulden nicht innerhalb von 30 Tagen nach dem Fälligkeitsdatum zahlt (am Jahresende verkürzt sich die Zahlungsfrist von 30 Tagen dergestalt, dass Steuern bis zum 20. Dezember zu zahlen sind).
- Während der Stundung wird ein Zinsbetrag von 0,05% pro Tag auf den gestundeten Betrag fällig.
- Wenn die gestundete Steuer allerdings zu spät gezahlt wird (nach dem aufgeschobenen Fälligkeitsdatum), wird ein Säumniszuschlag für die ganze Stundungsperiode in Übereinstimmung mit den generellen Bestimmungen des Steuerverfahrensrechts (Fiscal Procedure Code) fällig.

Kontakt vor Ort:

Alex Massaci, Telefon: +40 21 202-8658

Russland

Wegfall der Frist zur Anpassung russischer GmbH-Satzungen an die geänderte Rechtslage

Zum 01. Juli 2009 traten wesentliche Änderungen des russischen GmbH-Rechts in Kraft. Das Änderungsgesetz zum russischen GmbH-Recht sah vor, dass alle bestehenden russischen GmbHs ihre Satzungen an die neue Rechtslage bis zum 01. Januar 2010 anzupassen haben. Dies führte u.a. zu einer immensen Überlastung der zuständigen Registrierungsbehörden (Steuerbehörden) und zu großer Verunsicherung bei russischen GmbHs, ihren Generaldirektoren und Gesellschaftern für den Fall der Nichteinhaltung dieser Frist.

Noch im Dezember des vergangenen Jahres trat jedoch eine Gesetzesänderung dahingehend in Kraft, dass die Frist zum Ende des Jahres, nicht jedoch die grundsätzliche Pflicht zur Anpassung, aufgehoben wird. Stattdessen hat die Anpassung nun mit der nächsten geplanten Satzungsänderung zu erfolgen. Diese Pflicht betrifft alle russischen GmbHs, die vor dem Inkrafttreten der Änderungen zum 01. Juli 2009 gegründet wurden und Änderungen ihrer Satzungen, gleich welcher Art, beabsichtigen.

Die Gesetzesänderung führt zu wesentlichen Erleichterungen bei der erforderlichen sogenannten Umregistrierung von GmbH-Satzungen. Zugleich sind damit etwaige Sanktionen für diejenigen GmbHs, die der Registrierungsspflicht bislang nicht nachgekommen sind, ausgeschlossen.

Einheitliche Sozialabgabe durch Versicherungsbeitrag ersetzt

Ab 1. Januar 2010 wird die einheitliche Sozialabgabe (Unified Social Tax - UST) durch die Einführung eines Versicherungsbeitrags ersetzt. Es wird ein pauschaler Satz erhoben (26% in 2010, was dem Maximum der Sozialabgabe entspricht). 2010 wird der besteuerte Lohn nicht mehr als 415.000 RUB [9.740 EUR] betragen. Für Beiträge zu allen Fonds wird eine einzige Steuerbemessungsgrundlage eingeführt. Ab 2011 wird der übergreifend erhobene Satz 34% betragen und die Höchstgrenze wird gemäß der jährlichen Inflationsrate angepasst. Die neuen Regelungen bezüglich der Schlüsselbegriffe des neuen Versicherungsbeitragssystems (Steuerzahler, Bemessungsgrundlage, Besteuerungsablauf, Berichtsperioden, Zeitrahmen für Beitragszahlungen) decken sich grundsätzlich mit den relevanten Bestimmungen der Sozialabgabe.

Die folgenden Regelungen sind hingegen vollkommen neu:

- Das neue Gesetz schließt Zahlungen, die zu Ertragsteuerzwecken nicht abzugsfähig sind, nicht länger von der Bemessungsgrundlage aus;
- Bei Gehältern und anderen Formen der Vergütung, die aufgrund von Arbeitsverträgen und zivilrechtlichen Verträgen an ausländische Steuersubjekte gezahlt werden, die nur vorübergehend in Russland ansässig sind, sind keine Versicherungsbeiträge zu berücksichtigen.

Diese Änderungen sollten bei der Erstellung des Budgets für 2010 und folgende Jahre berücksichtigt werden.

Erneute Abgabe von Steuererklärungen

Dem geänderten Wortlaut des Artikels 54 des russischen Steuergesetzes entsprechend, hat der Steuerzahler ab 2010 das Recht, die Bemessungsgrundlage der aktuellen Periode neu zu berechnen, sofern er in der aktuellen Periode Fehler (falsche Angaben) bemerkt, die sich auf Vorperioden beziehen und diese Fehler (falschen Angaben) eine überhöhte Steuerlast zur Folge haben.

Dabei ist allerdings noch unklar:

- ob die Regelung nur Fehler oder auch Änderungen der Bemessungsgrundlage aufgrund geänderter Verträge umfasst;
- ob die Regelung eine Verjährungsfrist hat (d.h. ob beispielsweise Anpassungen von 2006 in der Steuererklärung von 2010 berücksichtigt werden können);
- ob die Aufnahme von Änderungen in die aktuelle Periode die Möglichkeit erneuter Prüfungen vorheriger Perioden bewirkt (die Abgabe geänderter Steuererklärungen mit Anspruch auf Rückerstattungen öffnen diese Periode für eine zweite Prüfung der Dokumente gemäß Artikel 89.10).

Verbrauchssteuersätze

Die bedeutendste Anhebung der Steuersätze betrifft Bier (die Steuer wird sich hier 2010 verdreifachen). Die Verbrauchsteuer auf Zigaretten mit Filtern wird sich im Vergleich zu 2009 um ungefähr 36% erhöhen. Seit Anfang 2010 sind Verbrauchsteuerschulden bis zum 25. Tag des Folgemonats in voller Höhe zu begleichen (2009 war die Verbrauchsteuer in zwei Raten zu zahlen – bis zum 25. Tag des Folgemonats und bis zum 15. Tag des darauf folgenden Monats).

Kontakt in Deutschland:

Tanja Galander, Telefon: +49 30 2636-5483

Daniel Kast, Telefon: +49 30 2636-5252

Stanislav Rogojine, Telefon: +49 30 2636-5207

Serbia

Änderungen des montenegrinischen Steuerrechts

Die montenegrinische Regierung hat Änderungen des Körperschaftsteuergesetzes, Einkommensteuergesetzes und des Sozialversicherungsrechts mit folgenden Hauptzielen vorgeschlagen: Fortsetzung der Finanzreform (hauptsächlich durch Reduktion bestehender Steueranreize), Unterstützung der Wirtschaft durch das Lösen des Liquiditätsproblems und Erhöhung der Staatseinnahmen.

Die Änderungen sollten zum 1. Januar 2010 in Kraft treten.

Körperschaftsteuer

1. Abschaffung der folgenden Steueranreize:
 - Steuerabzug für die Einstellung neuen Personals und
 - Steuerabzug für Investitionen in Wirtschaftsgüter für die Produktion erneuerbarer Energien und zur Erhöhung der Energieeffizienz;
2. Die gesamten Kapitalerträge (anstatt bisher 50%) sollen der Steuer unterliegen;
3. Abschaffung monatlicher Körperschaftsteuervorauszahlungen.

Einkommensteuer

1. Verringerung bestehender Steuererleichterungen:
 - Der jährliche persönliche Steuerfreibetrag in Höhe von 840 EUR (monatlich 70 EUR) für ansässige Steuerzahler wird abgeschafft;

- Zulagen zu Anfahrtswegen zur Arbeitsstätte, Mahlzeiten sowie jährliches Urlaubsgeld werden voll besteuert.

2. Einkommensteuer auf Kapitalerträge

Die vorgeschlagenen Änderungen führen die Besteuerung von Kapitalerträgen, erzielt durch Immobilienverkäufe, Veräußerungen von Anteilen oder Erträge aus den Anteilen ab 1. Januar 2011 wieder ein.

3. Kürzung der Pauschbeträge bei Einkünften aus Grundbesitz und Einkünften aus selbständiger Tätigkeit (falls letzteres nicht die Haupttätigkeit darstellt)

Derzeit kann der Steuerzahler bei der Ermittlung der jeweiligen Bemessungsgrundlage einen Pauschbetrag von bis zu 40% des Bruttoeinkommens geltend machen (wenn keine Belege über die eigentlichen Kosten vorliegen).

Gemäß den vorgeschlagenen Änderungen soll dieser Betrag auf 30% gekürzt werden.

Zur gleichen Zeit soll der anwendbare Steuersatz für beide Einkunftsarten von 15% auf 9% gesenkt werden.

Sozialversicherungsbeiträge

Die nachfolgende Tabelle zeigt die derzeitigen Beitragssätze für 2010 und die vorgeschlagenen Änderungen ab 1. Januar 2010 (Änderungen der Beiträge zu Renten- und Arbeitsunfähigkeitsversicherung sowie Krankenversicherung):

Beitrag/ Zahler	Anwendbare Sätze 2010, basierend auf derzeitigem Rechtsstand			Vorgeschlagene Änderungen		
	Arbeitnehmer	Arbeitgeber	Gesamt	Arbeitnehmer	Arbeitgeber	Gesamt
Renten- und Arbeitsunfähigkeitsversicherung	12,0%	8,0%	20,0%	15,0%	5,5%	20,5%
Krankenversicherung	4,0%	5,0%	9,0%	8,5%	3,8%	12,3%
Arbeitslosenversicherung	0,5%	0,5%	1,0%	0,5%	0,5%	1,0%
Total	16,5%	13,5%	30%	24%	9,8%	33,8%

Die vorgeschlagenen Änderungen repräsentieren einen Anreiz zur Überdenkung der Besteuerung von Unternehmen mit Geschäftstätigkeit in Montenegro.

Kontakt vor Ort:

Jovana Stojanovic, Telefon: +381 11 33-02 100

Ungarn

Die wichtigsten die Körperschaftsteuer betreffenden Modifizierungen

Das Parlament hat die Gesetzesmodifizierung Nr. T/10676 verabschiedet. Die folgende Auflistung fasst die wesentlichen Änderungen bezüglich der Körperschaftsteuer zusammen:

- Durch das verabschiedete Gesetz wird der Kreis der „beherrschten ausländischen Gesellschaften“ angepasst. Als beherrschte ausländische Gesellschaft gilt auch eine solche ausländische Gesellschaft, bei der die Einnahmen mehrheitlich aus ungarischen Quellen stammen und der Quotient aus der gezahlten, um eine evtl. Steuerrückvergütung verminderte, der Körperschaftsteuer entsprechende Steuer und der Bemessungsgrundlage weniger als zwei Drittel

der ungarischen Körperschaftsteuer beträgt (ab 2010 ein Satz von 12,66%). Das Gesetz definiert hingegen nicht, welche Einnahmen als Einkünfte aus ungarischen Quellen gelten.

- Nach dem verabschiedeten Gesetz gelten geleistete Subventionen, Zuwendungen, Mittel und ohne Rückzahlungs- bzw. Erstattungspflicht übernommene Verpflichtungen und Dienstleistungen dann als Betriebsausgaben, wenn der Steuerpflichtige eine Erklärung des Begünstigten besitzt, nach welcher dessen Ergebnis auch ohne die verrechneten Erträge nicht negativ wäre.
- Das verabschiedete Gesetz hat die Grenzen bezüglich Mitarbeiterzahl und Anteil der Berufsanfänger bei der körperschaftsteuerlichen Steuerbegünstigung für Investitionen zur Unterstützung der Arbeitsplatzbeschaffung gestrichen. Diese Erleichterung gilt für Anträge und Anmeldungen nach dem 31. Dezember 2009.
- Seit 1. Januar 2010 ist die Vorschrift zur Genehmigung des steuerlichen Verlustvortrags durch die Steuerbehörde erloschen. Diese Änderung gilt bereits für das Jahr 2009. Allerdings könnte die Steuerbehörde nachträglich prüfen, ob der Steuerpflichtige seine Rechte zur Ausübung des Verlustvortrags in Übereinstimmung mit dem diesen Rechten entsprechenden Zweck eingehalten hat.

Kontakt vor Ort:

Gabriella Erdős, Telefon: + 36 1 461 9130

Azerbaijan

Changes to the rules for issuing temporary residence

After approval of the rules for issuing of temporary residence to foreigners in Azerbaijan in June 2009, the Cabinet of Ministers has made some changes into these rules by decree No. 126.

Now a foreign citizen is eligible to obtain temporary residence if he or she:

- invests at least AZN 500,000 [EUR 434,000] into the Azerbaijan economy (the previous amount was AZN 300,000 [EUR 260,000]); or
- deposits at least AZN 50,000 [EUR 43,400] in banks of the Azerbaijan Republic (the previous amount was AZN 15,000 [EUR 13,000]).

Estonia

The Estonian Parliament adopted amendments to the Income Tax Act

The Estonian Parliament adopted the draft law amending the Income Tax Act on 26 November 2009 (586 SE and 553 SE), which has become effective from 1 January 2010.

Accordingly, the income tax rate of 21% to individuals and 21/79² to companies does not change in 2010. The tax exempt personal allowance for individuals continues to be EEK 27,000 [EUR 1,725] per year in 2010 i.e. EEK 2,250 [EUR 144] per month. Similarly to rules applicable in year 2009, resident individuals will be allowed an increased basic exemption (EEK 27,000 [EUR 1,725]) for each child of up to 17 years of age, starting from the second child.

Hungary

A summary of the most important amendments affecting corporate income tax

The Hungarian Parliament has passed bill. No. T/10676 into the law. The following is a summary of the most important changes affecting corporate income tax:

- Under the new Act, the definition of “controlled foreign company” is amended as follows: Foreign companies will also qualify as controlled foreign companies if most of their income is received from Hungarian sources, provided that, in a given tax year, the quotient of the tax paid that is similar to corporate income tax (minus any tax refunds) and the tax base is below two thirds of the

² Undistributed profits are not subject to tax. The distribution of profits triggers a 21% deferred corporate income tax charge (21/79 on net distribution).

corporate income tax payable in Hungary (12.66% from 2010). However, there is no provision in the new Act on what "income received from Hungarian sources" should entail.

- Under the new Act, a grant or support or an asset that is transferred without consideration, or liabilities assumed or services provided free of charge, will qualify as business expenses if the taxpayer has a declaration from the recipient stating that the recipient's profit will not be negative without the income received.
- The new Act has abolished the restrictions on the headcount of staff and the percentage of new entrants to the labour market as stipulated in the Act on Corporate Tax and Dividend Tax in respect of the development tax incentive that may be claimed for investments promoting job creation. This change will apply to requests and declarations submitted after 31 December 2009.
- Since 1 January 2010, the use of tax loss carry-forward will no longer be subject to the Tax Authority's approval. This change will also apply to the 2009 tax year. However, the Tax Authority may later audit whether the taxpayers have exercised their rights in accordance with the intended purpose of these rights when carrying losses forward.

Latvia Private use of business vehicles

The Cabinet of Ministers has adopted a new regulation to tax benefits from private use of business vehicles. The regulation does not apply to emergency vehicles, light taxis, military vehicles or luxury vehicles defined by the Corporate Income Tax Act, nor to traders who depreciate their vehicles in accordance with section 11.5 of the Personal Income Tax Act.

Light passenger vehicles

The regulation defines a light passenger vehicle as one that meets the following criteria:

- The way it is built and equipped suggests it is intended to carry passengers and their luggage; and
- It has up to eight seats in addition to the driver's; and
- It is registered as a "light", "light passenger" or "light utility" vehicle.

The regulation also applies to vehicles that are owned and provided by another person for the employer's activities, such as leased vehicles.

Beneficiaries

The regulation states that beneficiaries include company employees, shareholders, board and council members, as well as their family members.

Benefit value

For tax purposes a benefit arises if a vehicle is used for purposes unrelated to employment or office duties or the employer's business. *Distance travelled for private needs is irrelevant.*

Benefit value depends on engine capacity:

Engine capacity	Monthly benefit value in LVL [EUR]	Employer's monthly social contribution (24.09%) in LVL [EUR]	Monthly tax deductions (9% + 26%) from employee's net wage in LVL [EUR]*
up to 1,500 cm ³	40 [57]	9.64 [13.54]	13.06 [18.41]
1,501 - 2,500 cm ³	70 [99]	16.86 [23.77]	22.82 [32.18]
2,501 - 3,500 cm ³	100 [141]	24.09 [33.97]	32.66 [46.05]
other or unknown capacity	150 [212]	36.14 [50.96]	49.00 [69.09]

* Assuming the benefit value is gross value.

More work for employers

Benefit determination

At the end of each month the employer must determine what benefit the employees and other persons have derived from private use of each vehicle. The regulation does not explain how the benefit should be split between the beneficiaries, leaving the employer to decide this matter.

Personal Income Tax Act amended

Tax rates

The following tax rates apply from 1 January 2010:

- 10% on income from capital (interests and dividends);
- 15% on capital gains;
- 26% on other types of income, including paid employment;
- 26% on trading income;
- 2% of fees paid to a non-Latvian resident for the disposal of real estate or other capital assets, except for income arising on the disposal of financial instruments if the payer of that income is required by law to withhold tax at source, for example, entities or individuals that carry on a business.

Rental staff income

The Finance Ministry's proposal to tax the paid employment income of rental staff was passed in its second reading, which is likely to affect many Latvian companies.

From 1 January 2010 a Latvian company will also have to tax the employment income of individuals that are not directly employed by the Latvian company (so-called rental staff).

A lease of staff involves a lessor, who is neither a Latvian resident nor a non-Latvian resident's permanent establishment in Latvia, sending staff to a Latvian resident or a permanent establishment in Latvia, in exchange for payment, to carry out activities related to its commercial or professional activities in Latvia or abroad if at least one of the following characteristics is present:

1. The lessee is responsible for the overall management and supervision of work or the result of work;
2. The lessee determines the number and qualifications of the leased individuals;
3. The staff is integrated into the lessee's company (within the meaning of this section – staff integration is determined by the existence of a work place or

rest place and an obligation to comply with the company's internal procedures);

4. Rental staff fees are computed depending on their working hours, work carried out or any other connection between the lessor's fee and the staff's employment pay; and/or
5. The lessee provides the staff with the majority of fixed assets, tools and materials.

The amendments state that the lessee will be required to charge tax on the rental staff's income based on the lessor's documentary evidence which identifies each leased individual (name, birth date, permanent residence or taxpayer registration number or other details), their employment pay and other details of income.

If this information is unavailable, then the lessee's total payment to the lessor will be treated as the leased staff's income. When determining the taxable income of each leased individual, they will be considered to have derived income in equal shares from the fee paid to the lessor.

Romania Deferred payments of tax liabilities - amend- ments

Law 363/2009 for the approval of Government Emergency Ordinance no. 92/2009 allowing deferred payments of tax liabilities due to the financial crisis has been published.

As a result of the amendments:

- The original requirement that taxpayers cannot have outstanding fiscal obligations as at 30 September 2008 has been removed;
- The required guarantee will be reduced to a percentage of the deferred amount plus the interest due for the deferred period, as follows:
 - 20%, if the deferral is granted for a period of up to three months;
 - 40%, if the deferral is granted for more than three months.
- The value of the guarantees for previously granted ongoing deferrals will be adjusted accordingly.
- The deferral loses its validity (with penalty implications) if taxpayers do not pay, within 30 days from the due date, other tax liabilities arising after the deferral is granted (but note in the case of year end, the 30 day grace period will be shortened such that the taxes should be paid by 20 December).
- During the period of deferral, interest is due on deferred amounts at the rate of 0.05% per day.
- However, if the deferred tax is paid late (past the deferred due date), late-payment penalties will be due for the whole deferred period in accordance with the general provisions of the Fiscal Procedure Code.

Russia Unified Social Tax (UST) is replaced with insurance contributions

From 1 January 2010 UST is replaced with insurance contributions. The assessment rates will be flat (26% in 2010, that equates to the maximum UST rate). In 2010 the taxed individual's salary will be not more than RUB 415,000 [EUR 9,740] pa. One tax base is established for contributions to all funds. From 2011 the overall assessment rate will reach 34%, and the ceiling will be adjusted according to an annual inflation index. New provisions relating to the key elements for the new insurance contribution system (the payers, tax base, assessment procedures, reporting periods, timeframes for making contribution payments) generally coincide with the relevant provisions of UST provisions.

The following provisions are completely new:

- The new law no longer excludes from the tax base payments that are non-deductible for profits tax purposes;
- Salaries and other forms of remuneration made to foreign nationals temporarily residing in Russia under employment and civil law contracts will be exempt from insurance contributions taxation.

The changes should be considered when making budget for 2010 and subsequent years.

Re-filing of tax returns

In accordance with the revised wording of Article 54 of the Russian Tax Code, starting from 2010 if a taxpayer identifies in the current period mistakes (misstatements) which relate to previous periods and such mistakes (misstatements) result in overpayment of tax, the taxpayer has the right to recalculate tax base of the current period.

Some issues are not fully clear in the amendments:

- whether the rule covers the situation of change of a tax base as a result of revision of contracts (or covers mistakes only)
- whether the rule has a period of limitations (for example whether 2006-related adjustments can be included into 2010 tax return)
- whether the inclusion of adjustments into the current period opens the previous periods for second desk audit (filing amended tax return with claim to return tax opens the period for second desk audit under Article 89.10).

Excise rates

The most significant increase of tax rates will affect beer (the excise will be tripled from 2010). Excise on cigarettes with filter will increase by approximately 36% as compared to the tax rates effective in 2009. Starting from 2010 excise liability will be paid in full before the 25th day of the month following the reporting month (in 2009 excise tax is paid to the budget in two instalments - before the 25th day of the month following the reporting month and before the 15th day of the second month following the reporting month).

Serbia Proposed amendments to Montenegrin Tax Laws

Montenegrin Government proposed changes to the Corporate Income Tax (CIT) Law, Personal Income Tax (PIT) Law and Social Contributions Law with the main goals: to continue with the fiscal reform (mainly through the reduction of available tax incentives), support the economy in solving its liquidity problems together with the increase of budget revenues.

Proposed amendments were envisaged to come in effect as of 1 January 2010.

Corporate Income Tax

1. Abolishment of the following tax incentives:
 - Deduction for hiring new staff, and
 - Deduction for investing in assets for the production of energy from renewable sources and for increasing energy efficiency;
2. Total amount of capital gains (instead of current 50%) will be subject to tax; and
3. Abolishment of monthly CIT advance payments.

Personal Income Tax

1. Reduction of the existing tax reliefs:
 - The annual personal deduction of EUR 840, currently available for a resident taxpayer (EUR 70 per month) will be abolished;

- Meal and annual leave allowance, transportation to and from work compensation will be taxed in full.

2. PIT on capital gains:

The proposed amendments reintroduce taxation of capital gains realized from sale of real estate, shares and share interests as of 1 January 2011.

3. Decrease of standard cost allowance in relation to revenues derived from property and income from self-employment activities (the latter if not the main activity)

Currently, in order to calculate the tax base for both, the taxpayer is allowed to deduct standard expenses (if documents to support actual expenses are not available) at 40% of gross income.

According to the proposed amendments, the standard deduction for both types of income will be reduced to 30%.

At the same time the applicable tax rate for both will be reduced from 15% to 9%.

Social Security Contributions

The table below represents the contribution rates currently envisaged for 2010 and proposed ones envisaged to be applied starting from 1 January 2010 (changes to pension and disability insurance contribution rates and health insurance contribution rates):

Contribution/Payer	Applicable in 2010 based on current legislation			Proposed amendments		
	Employee	Employer	Total	Employee	Employer	Total
Pension and disability	12.0%	8.0%	20.0%	15.0%	5.5%	20.5%
Health	4.0%	5.0%	9.0%	8.5%	3.8%	12.3%
Unemployment	0.5%	0.5%	1.0%	0.5%	0.5%	1.0%
Total	16.5%	13.5%	30%	24%	9.8%	33.8%

Proposed amendments represent an incentive for reconsidering tax position of companies with business activities in Montenegro.

Ansprechpartner für die Region Mittel- und Osteuropa in Deutschland

Daniel Kast
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Tel.: +49 (30) 26 36-52 52
daniel.kast@de.pwc.com

Monika Diekert
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Tel.: +49 (30) 26 36-52 25
diekert.monika@de.pwc.com

Stanislav Rogojine
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Tel.: +49 (30) 26 36-52 07
stanislav.rogojine@de.pwc.com

Tanja Galander
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Tel.: +49 (30) 26 36-54 83
tanja.galander@de.pwc.com

Abonnement

Wenn Sie unseren Newsletter abonnieren möchten, schicken Sie bitte eine Email an Celina Maciejewski: celina.maciejewski@de.pwc.com.